

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Johannes Becher

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Markus Plenk

Abg. Andreas Winhart

Abg. Susann Enders

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Doris Rauscher

Abg. Julika Sandt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich komme nun zum nächsten Dringlichkeitsantrag und rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sichern: 3G und Impfangebot statt Impfdruck (Drs. 18/19392)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Johannes Becher, genannt Jojo, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal bin ich dankbar, dass wir beim ersten Tagesordnungspunkt des heutigen Tages eine klare Brandmauer gegen rechts gezogen haben. Im nächsten Tagesordnungspunkt müssen wir uns jetzt wieder mit dem Tagesgeschäft, nämlich der Bekämpfung der Corona-Pandemie, beschäftigen. Auch hier gilt: Ich wäre froh und dankbar, wenn sich endlich alle Erwachsenen impfen lassen würden und im Hohen Haus nicht immer noch eine Fraktion Corona leugnen

(Zuruf)

und damit zum Problem anstatt zur Lösung beitragen würde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nichtsdestoweniger müssen wir bei den Corona-Maßnahmen natürlich genau hinsehen. Wir müssen die Verhältnismäßigkeit beachten. Als stellvertretender Vorsitzender der Kinderkommission ist es mir ein besonderes Anliegen, auf die Situation der Kinder und Jugendlichen zu blicken. Anfang November sprang die Krankenhausampel auf Rot. Damit wurden wieder massive Maßnahmen notwendig. Diese haben Erwachsene betroffen. Das ist auch richtig so. Sie haben aber auch Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren betroffen. Es sind erhebliche Maßnahmen, die 2G und 2G plus beinhalten,

die dazu führen, dass man als Jugendlicher nicht mehr ungeimpft in ein Jugendzentrum kommt, und die einen teilweisen Ausschluss von sozialer Teilhabe bedeuten. Wir sind hier sehr klar bei der Ständigen Impfkommission, die sagt: Ja zur Impfung für Jugendliche, aber Nein zum Ausschluss von sozialer Teilhabe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gab dann viel Protest. Sie haben daraufhin ein bisschen nachgesteuert und beschlossen: Gut, bis Jahresende gibt es eine Übergangsfrist. Ungeimpften Jugendlichen soll es noch bis Jahresende ermöglicht werden, sich sportlich zu betätigen, Theater zu spielen oder Musik zu machen. Heute, meine Damen und Herren, ist die wahrscheinlich letzte Sitzung des Bayerischen Landtags vor dem Ende dieser Übergangsfrist. Davon gehe ich aus. Was heißt das? – Sollte die Ankündigung der Staatsregierung in Verlängerung der geltenden Infektionsschutzmaßnahmenverordnung oder einer neuen wahr werden, bedeutet dies, dass wir ab dem 1. Januar in einen Freizeitlockdown für ungeimpfte Jugendliche eintreten, dann kein Besuch des Hallenbads mehr für eine 13-jährige Ungeimpfte möglich ist und für einen 14-jährigen Ungeimpften nicht mehr die Möglichkeit besteht, Vereinssport zu betreiben. Nun frage ich Sie: Steht dies im Einklang mit dem, was die Ständige Impfkommission sagt? Steht dies im Einklang damit, dass wir Jugendliche nicht von der sozialen Teilhabe ausschließen sollten? – Nein, dies steht damit nicht im Einklang. Wir fordern, dass die Empfehlung der Ständigen Impfkommission in der politischen Praxis umgesetzt wird, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über die Folgen dieser Pandemie wird viel gesprochen. Es gibt unterschiedliche Folgen. Wir führen riesige Diskussionen über die wirtschaftlichen Folgen, die Schäden und Hilfspakete. Darüber wird umfangreich diskutiert. Das ist auch richtig so. Aber es gibt auch Folgen, die sich nicht einfach mit Geld beseitigen lassen. Betrachten wir die

Kinder und Jugendlichen, stellen wir ganz erhebliche psychische Belastungen fest. Sprechen Sie mit den Schulen, sprechen Sie mit Psychologinnen und Psychologen! Dies ist ganz erheblich. Ich finde es positiv, dass die Schulen geöffnet bleiben. Kinder und Jugendliche sind aber nicht nur Schülerinnen und Schüler. Kinder und Jugendliche brauchen auch Freizeitangebote, ihr Jugendzentrum, ihren Sportverein, ihre Musikgruppe und ihre Freunde. Daher ist bei den Kindern und Jugendlichen Druck herauszunehmen, und es ist angemessen, mit 3G statt mit 2G zu arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun stellt sich natürlich die Frage: Verkennen wir hier nicht die Situation? Wir haben doch eine dramatische Lage! Ich sage Ihnen klar: Wir sind uns der Situation absolut bewusst. Wir befinden uns in einer Katastrophe. Wir haben Zehntausende Infizierte pro Tag, überlastete Intensivstationen und in Teilen Bayerns eine Art Triage. Das, was nie hätte eintreten sollen, ist inzwischen Realität. Nur muss man dann der Wahrheit halber auch hinsehen, wer auf den Intensivstationen liegt. Die Alterskohorte der Unter-18-Jährigen ist die Gruppe, die am allerwenigsten auf Intensivstationen liegt. Nicht die Kinder und Jugendlichen sind verantwortlich für die Überlastung der Intensivstationen, sondern die Erwachsenen! Darum ist es auch verhältnismäßig, Erwachsene stärker und Kinder und Jugendliche weniger mit Maßnahmen zu belasten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf: Jawohl!)

Ferner stellt sich die Frage der Ansteckung. Stecken Kinder und Jugendliche nicht auch andere an? – Sicher. Auch Kinder und Jugendliche sind Teil der Pandemie, aber man muss festhalten: Kinder und Jugendliche sind in unserer Gesellschaft die am besten getestete Gruppe. Die Dunkelziffer im Bereich der Kinder und Jugendlichen ist so niedrig wie nirgendwo sonst. In der Abwägung der Belastungen für Kinder und Jugendliche und der Tatsache, dass sie nicht für die Lage auf den Intensivstationen ver-

verantwortlich sind und die bestgetestete Gruppe sind, kann man es meines Erachtens verantworten, festzustellen: 3G für alle Bereiche genügt für Kinder und Jugendliche, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann muss man natürlich auch dazusagen – und ich möchte es dazusagen –: Die STIKO sagt nicht nur, ein Ausschluss von sozialer Teilhabe soll vermieden werden, sondern spricht auch deutlich eine klare Impfempfehlung für Jugendliche aus. Was die Empfehlung für Kinder betrifft, werden wir sehen, was nächste Woche passiert. Aber für Jugendliche gibt es sie. Somit ist es unsere Aufgabe, ein Impfangebot zu unterbreiten, damit jeder Jugendliche, der sich impfen lassen möchte, geimpft werden kann und damit Kinder, deren Eltern sie impfen lassen möchten, geimpft werden können. Dies ist unsere Aufgabe. Dies schaffen wir mit Information und Aufklärung. Allen, die Zweifel haben, empfehle ich: Führen Sie ein Gespräch mit Ihrem Kinderarzt bzw. Ihrer Kinderärztin. Die Ärzte kennen Ihre Kinder. Von ihnen erhalten Sie die beste Einschätzung. Ich kann aber explizit nicht akzeptieren, dass hier schon über eine Impfpflicht für Kinder philosophiert wird, meine Damen und Herren. Das ist zum heutigen Zeitpunkt nicht erforderlich. Bitte bleiben wir bei der STIKO und bei dem, was uns empfohlen wird, und überbieten wir uns nicht in einem Wettbewerb, wer Kinder und Jugendliche am meisten einschränken kann, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen daher, gerade mit Blick auf den 1. Januar und das Ende der Übergangsregelung: Denken Sie während der Feiertage noch einmal darüber nach. Beginnen Sie das neue Jahr nicht gleich mit einem Fehler. Kehren Sie auf den Pfad der STIKO zurück: Ja zur Impfempfehlung, ja zum Impfangebot, nein zur Impfpflicht für Kinder und Jugendliche! Es gilt ganz klar: Erwachsene müssen mehr schultern. Auf Erwachsene müssen wir wohl leider auch den Druck erhöhen. Bei Kindern und Jugendlichen müssen wir den Druck herausnehmen. 3G genügt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Becher. Denken Sie an Ihren Mundschutz! – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, werte Kolleginnen und Kollegen! Die GRÜNEN fordern in ihrem Dringlichkeitsantrag, die soziale Teilhabe der Kinder zu sichern, einen Impfdruck zu verhindern und sich gegen eine Impfpflicht für Kinder auszusprechen. Aber halten wir auch einmal fest, dass auch Kinder sich mit dem Coronavirus infizieren und andere damit anstecken können. – Werter Kollege Becher, ein Blick in das Kinderkrankenhaus in Schwabing hier in der Nähe zeigt, dass zuletzt 15 Kinder mit COVID-19, Long COVID oder dem PIMS-Syndrom behandelt worden sind. Insbesondere seit dem Auftreten neuer Virusvarianten sind die Infektionen bei Kindern als Beitrag zum allgemeinen Infektionsgeschehen bedeutsam. Auch Omikron, die neue Variante, betrifft Kinder.

Die GRÜNEN wollen immer alles gerne wissenschaftlich betrachten. Blicken wir einmal über den bayerischen Tellerrand. In einem Artikel aus dem amerikanischen "Science Magazine" vom 18. November 2021, der sich mit Kinderimpfungen beschäftigt, kann man lesen, dass der Anteil der Kinder in den USA, die an COVID erkrankt waren, im Jahr 2020 bei 3 % lag. In 2021 sind wir inzwischen bei über 25 %, weil sich in dieser Gruppe lange niemand impfen lassen konnte. Mehr als 6 Millionen Kinder in den USA hatten mittlerweile Corona, davon 2 Millionen in der Altersgruppe von 5 bis 11 Jahren. Ende Oktober 2021 wurden 100.000 Kinder pro Woche infiziert. Davon landeten auch sehr wohl Zehntausende im Krankenhaus. Über 700 Kinder starben an einer SARS-CoV-2-Infektion, aber kein Kind infolge der Impfung. Auch solche Fakten dürfen einmal genannt werden.

Kehren wir zurück nach Bayern. Laut aktuellen Zahlen des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ist in der Kalenderwoche 48 der höchste Inzidenzwert

mit 1.140 nach wie vor bei Kindern zwischen 6 und 11 Jahren zu verzeichnen. Für die Altersgruppe von 12 bis 15 Jahren sank die gemeldete Inzidenz leicht auf 877. Eine Woche zuvor lag sie noch bei 1.036. Bei den 16- bis 19-Jährigen gab die Inzidenz ebenfalls von 795 auf 652 nach. Die von Ihnen angesprochene Empfehlung der STIKO sagt auch, dass momentan das Risiko einer Erkrankung geringer als das der Impfung eingeschätzt wird.

Ich glaube, es ist wichtig, mal herauszustellen, dass sich die STIKO immer vom Individuum her entscheidet. Die Politik kann das nicht; sie muss gesamtgesellschaftlich entscheiden.

Ich glaube, wenn viele Kinder geimpft sind und Corona in dieser Altersgruppe nicht mehr so häufig auftritt, dann wird auch für alle Kinder das, was wir uns alle wünschen, wieder möglich sein, nämlich: ein normales Leben. Wir können Infektionsketten unterbrechen und Long COVID verhindern.

Sehr geehrter Herr Kollege Becher, ich habe erst letzte Woche mit einer ganz lieben Bekannten aus meinem Stimmkreis gesprochen, deren 11-jährige Tochter COVID hatte und jetzt am Post-COVID-Syndrom leidet. Es ist wirklich nicht schön, wenn man hört, was Kinder da mitmachen. Ich glaube, auch das muss innerhalb unseres Beachtungsspektrums sein.

Deswegen gilt auch unsere Empfehlung – wie die der STIKO seit dem 16. August 2021 –, Kinder, wenn es möglich ist, zu impfen. Einer neuen Studie von Pfizer und BioNTech nach konnte bei den 12- bis 15-Jährigen eine Wirksamkeit von 100 % nachgewiesen werden, gemessen 7 Tage bis 4 Monate nach Verabreichung der zweiten Dosis.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ja, es ist ein Dilemma, ein großes Dilemma – ich sage das auch als Vorsitzende der Kinderkommission –, zwischen sozialer Teilhabe und Infektionsschutz abwägen zu müssen. Das ist und bleibt für jeden ein Dilemma.

Die Forderungen des ersten und zweiten Teils Ihres Antrages klingen verständlich und human. Das ist das Virus aber nicht. Ein derartiger Kompromiss mag auf politischer Ebene auch für viele von uns wünschenswert sein. Wir fragen uns dann aber doch, ob er auch aus Infektionsschutzgründen wünschenswert ist. Schützen wir in der derzeitigen Pandemielage unsere Kinder so tatsächlich? – Viele Menschen, mit denen ich gesprochen habe, sehen das nicht so.

Es ist das erklärte Ziel der Staatsregierung, die Einschränkungen für Jugendliche möglichst gering und möglichst niedrig zu halten und den Jugendlichen auch Präsenzunterricht in der Schule zu bieten. Das erachten auch die Eltern als wahnsinnig wichtig.

Die jetzigen Maßnahmen zur Reduzierung von Kontakten sind leider, leider erforderlich, um wieder Kontrolle über das hochdynamische Infektionsgeschehen zu erhalten. Ich sage das noch mal auch vor dem Hintergrund von Omikron. Heute Morgen hat auch Ihr Kollege aus dem Bundestag dieses Thema im "MOMA" bearbeitet.

Zu Ihrem dritten Tiert: Ja, es ist wichtig, aufzuklären. Ja, es ist wichtig, zu informieren und sich vorzubereiten. Es ist bereits ein prioritäres Ziel, durch die Bereitstellung von Informationsmaterial und den Einsatz von Maßnahmen auf die herausfordernde Situation von Kindern und Familien aufmerksam zu machen.

Ich kann es an dieser Stelle nur immer wieder sagen: Unser Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat das auf dem Schirm und hat hier frühzeitig agiert. Ich glaube, dass auch er gemeinsam mit seinem Haus die von Ihnen gewünschten Dinge längst in den Schubladen hat.

Unmittelbar nach der Zulassung des Impfstoffes für Kinder hat das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege ein Konzept zu den Kinderimpfungen erstellt und die Impfzentren bereits darüber informiert. Diese werden noch rechtzeitig vor der ersten Lieferung, hoffentlich am kommenden Montag, Vorkehrungen für einen unverzüglichen Be-

ginn der Impfungen treffen. Ich denke, wir können das auch vielerorts in unseren Impfzentren abfragen.

Die Zuständigkeit für die von Ihnen geforderte Aussage Bayerns zu einer Impfpflicht liegt primär – das weißt du, Johannes – beim Bund. Deshalb wäre es gut zu wissen, wie sich die neue Ampelkoalition dazu aufstellt. Wir vonseiten der CSU helfen gerne, wenn sich die GRÜNEN hier im Landtag im Bund kein Gehör verschaffen können.

Ich meine, dass es bei Kindern sehr gute Gründe für und gegen eine Impfpflicht gibt, die aber gerade zum Wohle unserer Kinder fachlich-sachlich fundiert diskutiert werden sollten. Im Rahmen eines Dringlichkeitsantrags halten wir das für verfehlt und lehnen den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN daher ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen, die erste vom fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Schorer-Dremel, ich muss mich über Ihre Ausführungen schon sehr wundern. Sie waren eine der CSU-Vertreterinnen, die in der Vergangenheit eine Impfpflicht vehement in das Reich der Verschwörungstheorien verwiesen haben.

Eine konkrete Aussage, die Sie hier gemacht haben, ist, dass die STIKO vom Einzelfall her argumentiere. – Natürlich ist das Gegenteil der Fall. Die STIKO schaut sich sehr genau an, was in der Grundgesamtheit der Kinder und Jugendlichen statistisch passiert.

Ich frage Sie ganz konkret: Wie viele Kinder sind in Deutschland bzw. in Bayern an der Impfung gestorben? Wie viele sind an COVID-19 gestorben? – Es ist von der Risiko-Nutzen-Betrachtung her schon lange klar, dass eine pauschale Empfehlung zur Corona-Impfung von Kindern und Jugendlichen nicht angezeigt ist.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Schorer-Dremel, bitte.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Herr Kollege Plenk, ich persönlich bin immer schon für eine Impfpflicht ab 18 Jahren gewesen; dazu stehe ich auch. Ich kann mich der Empfehlung der STIKO für die 12- bis 18-Jährigen voll und ganz anschließen. Ich bin gespannt, was die STIKO zu den 5- bis 11-Jährigen sagen wird. Ich sehe hier ein großes Maß an Aufklärung und vor allen Dingen fachlicher Substanz als Grundlage für eine Entscheidung.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Alles Weitere – wie viele Kinder schon gestorben sind – kann ich Ihnen gerne nachreichen. Mein Kinderarzt, der Arzt meiner Enkelkinder, und mein Hausarzt sagen, dass es sehr, sehr gute Gründe gibt, auch Kinder zu impfen. Sie tun das auch, soweit es möglich ist. Es gebe aber auch gute Gründe, das nicht zu tun. Es bleibt deshalb, bis sich die STIKO dahin gehend äußert, eine medizinische Entscheidung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung. Sie kommt vom Kollegen Johannes Becher von den GRÜNEN. Herr Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Frau Kollegin Schorer-Dremel, gerade angesichts Ihrer Antwort auf die Zwischenbemerkung und zur Unterstützung der STIKO-Position zur Impfung der 12- bis 17-Jährigen: Die STIKO spricht diese Impfeempfehlung aus. Wir sind da beieinander; ich habe das ja auch sehr deutlich gesagt.

Die STIKO sagt doch aber auch: kein Ausschluss von sozialer Teilhabe! Das sagt die STIKO bei den 12- bis 17-Jährigen ganz klar.

Ich frage: Wie passt das mit dem Ende der Übergangsregelung, die ab 1. Januar zu einem Ausschluss von der sozialen Teilhabe für Kinder und Jugendliche in Bayern führen wird, zusammen? Wie passt das damit zusammen, dass man, wenn man mit 13 Jahren nicht geimpft ist, nicht mehr bei seinem Sportverein oder in der Musikgrup-

pe dabei sein kann? Vielleicht gibt es auch das Problem, dass die Eltern nicht wollen, dass geimpft wird, und man dann einen innerfamiliären Konflikt hat.

Wieso wird die STIKO-Empfehlung hier ignoriert und nicht konsequent angewendet?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte schön.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich glaube, dass mit der Übergangsfrist bis zu 12 Jahren und 3 Monaten hin ein wichtiger erster Akzent gesetzt werden muss.

Wir haben derzeit gleichzeitig ein wahnsinniges Pandemiegeschehen. Wir müssen versuchen, Schulen offenzuhalten. Wir müssen versuchen, den Kindern in diesem Bereich die Möglichkeit zu geben, teilzunehmen. Das ist aus unserer Sicht derzeit erste Priorität.

Gleichzeitig sind viele von uns – auch ich – der Überzeugung, dass wir das im Zuge des Pandemiegeschehens immer wieder neu bewerten werden. Ich sehe es nicht so – das sind auch die Rückmeldungen, die bei mir ankommen –, dass soziale Teilhabe in diesem Umfang, wie Sie es gerade gesagt haben, nicht möglich ist. Nach wie vor gibt es weiter Schule, Schulsport und alles, was damit verbunden ist.

Ich bin davon überzeugt – die Zahlen zeigen das ja gerade eben –, dass wir das Infektionsgeschehen durch diese Maßnahmen gut nach unten fahren werden und dieses Thema im März sicher ganz anders diskutieren und – so wir uns alle zusammenreißen – auch keine Einschränkungen mehr haben werden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die GRÜNEN haben uns hier einen Dringlichkeitsantrag zur Teilhabe von Kindern vorgelegt, in dem sie sich gegen eine Impfpflicht für Kinder aussprechen. Meine Damen und Herren, ich hätte nicht geglaubt, dass wir heute noch Parallelen zwischen der AfD und den GRÜNEN finden würden.

Die vorgeschlagenen Punkte in diesem Antrag sind aber meiner Meinung nach ein bisschen eine Mogelpackung. Bei den letzten beiden Strichen können wir sowieso nicht mitgehen. Der erste hört sich vermeintlich ganz gut an. Da schreiben Sie, dass Sie 3G-Regelungen für Kinder haben wollen. Das Problem ist aber: In der praktischen Durchführung ist das Spektrum, wo das möglich ist, relativ klein. Das geht vielleicht im Musikunterricht oder im Sportverein. Aber sobald Eltern dabei sein müssen, müssten diese Eltern logischerweise die 2G- oder 2G-plus-Regelung erfüllen. Damit haben die Kinder keinen wirklichen Vorteil. Deswegen müssen wir diesen Antrag leider ablehnen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Frau Enders, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN! Sie wollen mit Ihrem Antrag die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sichern. Sie sprechen in Ihrem Antrag davon, dass kein Impfdruck auf Kinder aufgebaut werden dürfe.

Ich muss Sie jetzt aber an Ihre eigene Politik erinnern. Noch im August hat die Fraktionschefin der GRÜNEN im Bundestag, Frau Göring-Eckardt, das Schulhof-Impfen auf dem Schulhof vorgeschlagen und so den Druck auf Kinder und auch Eltern und Schule ganz massiv aufgebaut.

(Zurufe)

Ich zitiere: "GRÜNE fordern Schulhof-Impfen [...] GRÜNEN-Fraktionschefin Göring-Eckardt spricht sich dafür aus, Kinder und Jugendliche rasch zu impfen, zum Beispiel auf dem Schulhof."

Außerdem stehe ich komplett dahinter, dass die Impfung, noch dazu die Impfung von Minderjährigen, von Kindern, nach wie vor eine ärztliche Leistung bleiben muss. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Sie sollte eine ärztliche Leistung vom Arzt oder Kinderarzt des Vertrauens sein, weil es hier um ganz besonders schützenswerte Menschen geht.

(Zuruf)

Ihren Antrag lehnen wir ab. Das steht fest. Bayern hat bereits eine Impfkampagne. Priorität für die Staatsregierung ist, Einschränkungen für Jugendliche so gering wie möglich zu halten. Gerade beim Thema Schule soll Präsenzunterricht gewährleistet bleiben. Insbesondere die negativen psychischen Auswirkungen eines Lockdowns für Kinder, eines Nichtteilhabenkönnens am schulischen Alltag, müssen für Kinder und Jugendliche so gering wie möglich gehalten werden.

Dennoch sind die Maßnahmen zur Reduzierung von Kontakten erforderlich, um wieder Kontrolle über das hochdynamische Infektionsgeschehen zu bekommen; denn auch die Kinder können sich mit dem Coronavirus infizieren und natürlich auch andere anstecken. Schüler über 12 Jahre und 3 Monate, die sich an der Schule regelmäßig testen, können für sportliche und musikalisch-schauspielerische Eigenaktivitäten jetzt noch übergangsweise bis Ende des Jahres zu 2G-plus-Einrichtungen zugelassen werden. Es gibt also Möglichkeiten, durch die Jugendliche, die nicht geimpft sind, teilhaben können, wie bereits erwähnt. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Liebe Frau Enders, eine Frage. Ich habe eine E-Mail von der Leiterin einer Jugendeinrichtung bei mir im Stimmkreis bekommen. Sie hat mich gefragt, woran es eigentlich liegt, dass Schülerinnen und Schüler, die regelmäßig in der Schule getestet werden, unter 3G-Voraussetzungen in die Gastronomie gehen dürfen, aber eben nicht in die Jugendarbeit, um dort in Einrichtungen zu lernen. Das ist auch bei mir im Stimmkreis München-Hasenberg so. Sie wissen sicherlich, dass es dort viele Schülerinnen und Schüler gibt, die besonders von der Pandemie betroffen sind. Dort liegt die komplette Jugendarbeit für die Über-12-Jährigen auf Eis. Aber andere Sachen wie beispielsweise Gastronomie werden dort ermöglicht. Wie erklären Sie das, und finden Sie das in Ordnung?

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ich kann dazu sagen, dass wir aktuell und auch in den vergangenen Monaten Landkreise hatten, wo nicht mal die Gastronomie offen war. Ich kann nur auf die Antwort verweisen, die Sie bereits von der Kollegin Schorer-Dremel bekommen haben. Das sind die aktuellen Entscheidungen, die wir für die Kinder und Jugendlichen für richtig halten. Da sind wir vielleicht persönlich in Nuancen unterschiedlich in der Einschätzung. Trotz allem müssen wir uns hier in der Koalition auf Gemeinsamkeiten, auch auf Kompromisslösungen einigen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig und es ist wirklich traurig, dass die Kinder und Jugendlichen in der Pandemie jetzt schon wieder die Hauptlast bei Einschränkungen tragen sollen. Soziale Teilhabe für die Heranwachsenden ist kein Nice-to-have, sondern zentral für ihre Entwicklung.

(Beifall bei der SPD)

Das muss die Staatsregierung achten und das muss sie sicherstellen bei allen erforderlichen Hygienemaßnahmen. Das darf kein Zugeständnis, sondern sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit und eine Konsequenz aus der Pandemie sein. Dazu hat sich die STIKO ganz deutlich geäußert. Es gibt eine klare Impfempfehlung für 12- bis 18-Jährige. Die Impfstoffe sind sicher und sie schützen. Die psychische Gesundheit und das Kindeswohl müssen aber auch gewährleistet werden. Das heißt, wir brauchen weiterhin einen Zugang zu soziokultureller Teilhabe.

(Beifall bei der SPD)

Als SPD-Fraktion unterstützen wir die STIKO absolut in ihrer Haltung. Wir unterstützen die Impfempfehlung für die Heranwachsenden; denn, Kolleginnen und Kollegen, es ist klar, die Impfung ist nicht das Problem. Sie ist die Lösung, um aus der Pandemie herauszukommen.

(Beifall bei der SPD)

Der Aufruf, die Möglichkeit, Jugendliche impfen zu lassen, muss seitens der Staatsregierung aber nicht nur gepredigt, sondern auch wirklich umgesetzt werden, eben durch den Zugang zu niedrighschwelligigen Impfangeboten.

(Beifall bei der SPD)

All das fordern wir seit Wochen auch durch meine Kollegin Ruth Waldmann. Passiert ist viel zu wenig.

Wir unterstützen aber, Kolleginnen und Kollegen, genau die Haltung der STIKO, dass das Impfen für Unter-18-Jährige nicht das alleinige Eintrittsticket zu sozialer Teilhabe sein darf. Dazu hatten wir als SPD-Fraktion im November bereits einen eigenen Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Aber im Moment schaut es so aus – deswegen können wir den Antrag der GRÜNEN auch nachvollziehen –, dass es ab Januar genauso kommen soll, und das, obwohl im Moment wenig Infrastruktur für Kinder und Jugendliche besteht, der Impfstoff nicht ausreichend vorhanden ist und nicht einmal eine Impfpflicht für Erwachsene besteht.

Impfung kann also im Moment zumindest für Jugendliche so oder so keine Voraussetzung für soziale Teilhabe sein.

Beim Antrag der GRÜNEN enthalten wir uns, auch wenn wir in der Sache durchaus übereinkommen. Aber im Antragstext ist eine falsche Formulierung drin; denn die STIKO – das gehört zur Wahrheit – hat sich nicht gegen eine Impfpflicht ausgesprochen, wengleich sicherlich auch nicht dafür. Sie hat sich für die weitere soziale Teilhabe von Jugendlichen ausgesprochen. Es ist im Antragstext nicht ganz sauber gearbeitet worden. Deswegen Enthaltung vonseiten der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bereits vor einem Monat gefordert, den Freizeitlockdown zu beenden. Ich wundere mich ein bisschen, wieso die GRÜNEN dem Antrag damals nicht zugestimmt haben. Aber durch das 2G vor allem bei der Jugendarbeit hat sich die Situation noch verschlimmert. Es ist jetzt so, dass Jugendliche, die nicht geimpft sind, nicht ins Kino gehen dürfen und nicht ins Theater gehen dürfen. Ab Januar dürfen sie praktisch gar nichts mehr im Freizeitbereich.

Da wundere ich mich auch sehr, Frau Schorer-Dremel, wie Sie Ihre Argumentation aufbauen. Natürlich ist jeder COVID-Fall eines Kindes in der Klinik äußerst tragisch. Aber die Kliniken quellen vor allen Dingen über wegen des RS-Virus, eine Folge – da

ist sich die Wissenschaft meines Wissens einig – der KITASchließungen, weil die Immunabwehr der Kinder nicht mehr gestärkt ist. Aber wir müssen natürlich auch COVID bei den Kindern bekämpfen, und natürlich ist es gut, wenn sie sich impfen lassen. Natürlich müssen wir alle Anreize schaffen, damit sie sich impfen lassen. Die Frage ist aber: Wie bringen wir sie dazu?

Da schauen wir uns jetzt mal im Weitblick Schleswig-Holstein an: Dort ein liberaler Gesundheitsminister, Heiner Garg, hier ein schwarzer Gesundheitsminister, Herr Holetschek. Dort wurden ältere Menschen schon im Sommer zum Boostern eingeladen, und sie haben das auch gemacht. Sie haben dort beim Boostern die Nase vorn. Hier hätten meine Eltern beim Hausarzt zwei Monate lang auf einen Termin warten müssen. Als sie ins Impfzentrum gegangen sind, mussten sie dann mehrere Stunden stehen. Erst ganz am Schluss gab es eine Bank. Fragen Sie doch ältere Menschen! Ich höre von allen, dass sie warten mussten und keine vernünftigen Termine bekommen haben. Deswegen ist dort in den Ländern auch die Quote viel höher.

Den jungen Menschen in dieser Altersgruppe wurden in Schleswig-Holstein niedrigschwellige Angebote gemacht – Impfteams an Schulen. Im September hatten sie dort schon 55 % einmal geimpft. Dort gilt 3G, hier gilt 2G. Hier versucht man, Druck auszuüben. Das ist schwarze Pädagogik. Hier versucht man, die jungen Menschen zu bevormunden. Dort sind inzwischen 70 % der Menschen zwischen 12 und 18 Jahren einmal geimpft; hier sind es 55 %, soweit ich weiß.

Der liberale Ansatz, junge Menschen mitzunehmen, sie zum Impfen zu animieren und ihnen Angebote zu machen, wirkt. Ihre Peitsche wirkt halt nicht. Das ist der Unterschied. Impfen: ja. Aber die Frage ist, wie man das erreicht; ob man gegen die Empfehlung der STIKO handelt, die gesagt hat: Wir wollen Jugendliche nicht von sozialer Teilhabe ausschließen –, oder ob man es so macht wie in Schleswig-Holstein, dass man ihnen soziale Teilhabe ermöglicht und gute Angebote zum Impfen macht.

(Beifall bei der FDP)

Für Kinder unter 11 Jahren gibt es da auch schon klare Vorgaben, wie es nach dem 14.12. weitergeht. Schauen Sie doch lieber, dass Sie es auf die Reihe kriegen, junge Menschen zu impfen, statt einen Freizeitlockdown für Jugendliche zu machen. Das ist einfach der falsche Weg. Nehmen Sie sich die Worte der STIKO zu Herzen und beenden Sie diesen Unsinn!

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/19392 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung der SPD-Fraktion. Ich habe kein Abstimmungsverhalten des – –

(Markus Plenk (fraktionslos): Ich habe zugestimmt!)

– Sie haben zugestimmt. Entschuldigung! – Dann nehmen wir noch zu Protokoll: Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) hat zugestimmt. Dann ist der Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.